

Mangelnde Konzepte
führen zu
höheren Kosten
und Arbeitslosigkeit

Der Preis verfehler Energiepolitik

Stefan Deges

Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit. So lauten die drei gleichrangigen Ziele der deutschen Energiepolitik. Dem wird der Entwurf des neuen Energiewirtschaftsgesetzes mit folgender Formulierung gerecht: „Ziel ist eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas.“ Und die EU-Kommission fragt offen: „Wie können wir den gemeinsamen Binnenmarkt vollenden? Wie können wir in einem liberalen Markt die Investitionen sicherstellen? Und wie begegnen wir den Herausforderungen des Umweltschutzes?“

Jahrzehntelang hat die Politik uns Glauben machen wollen, dass dieser klassische Zielkonflikt eigentlich gar keiner sei, dass sich die Widersprüche eigentlich überbrücken ließen. Wer heute in die Umwelt investiert, hieß es immer wieder, spart morgen die Kosten für die Beseitigung möglicher Schäden. Doch die Praxis nach drei Jahrzehnten, in denen dieser angebliche Dreiklang unsere Energiepolitik beseelt hat, sieht anders aus. Vier Beispiele aus der privaten und wirtschaftlichen Realität spiegeln das wider:

- Für viel Geld (auch staatliches) haben deutsche Haushalte ihre „Wärmebilanz“ aufgebessert. Sie haben Fenster ausgetauscht, Dächer isoliert und Heizkessel erneuert. Ihre Stromrechnung aber steigt weiterhin.
- Deutschland unterwirft sich internationalen Abkommen wie dem Kyoto-Pro-

tokoll, das uns verpflichtet, die Kohlendioxid-Emissionen herunterzufahren. Gleichzeitig aber beschließt die Regierung Schröder den Atomausstieg. Folge: Damit das Licht in Deutschland nicht ausgeht, wird die CO₂-intensive Kohleenergieerzeugung auch künftig einen großen Anteil am Energiemix bekommen müssen.

- Obwohl Öl nur einen verschwindend geringen Beitrag zur gesamten Stromerzeugung beisteuert, steigen die Stromrechnungen, sobald der Preis des schwarzen Goldes an den Rohölmärkten in die Höhe getrieben wird.
- Zu guter Letzt: Seit der zweiten Ölkrise 1979/80 haben wir die Öleinfuhr aus den arabischen Ländern kontinuierlich heruntergefahren. Noch 1980 importierte Deutschland 35,9 Prozent seiner Rohöleinfuhren aus dem Nahen Osten, heute sind es gerade einmal elf Prozent. Die meisten Lieferungen kommen nun aus Westeuropa und damit aus politisch verlässlichen Nationen. Trotzdem bibbert unsere Ökonomie, sobald im Irak eine Pipeline abgedreht werden muss.

Derlei Beispiele berücksichtigen nicht einmal fiskalisch (Mehrwertsteuererhebung auf Mineralöl- und Ökosteuer) oder sozialpolitisch (Ökosteuererinnahmen für die Rente) motivierte Kosten. Sie resultieren ausschließlich aus der mangelnden Kohärenz energiepolitischer Entscheidungen der Vergangenheit.

„Energiepolitik“, so lernt es jeder Wirtschafts- und Politikstudent im ersten Se-

mester, „ist die Gewährleistung einer sicheren, kostengünstigen, umwelt- und klimagerechten Energieversorgung“. Das klingt überzeugend, doch wie dieses Ideal in die Wirklichkeit umzusetzen ist, verrät die Theorie leider nicht.

Am Öle hängt's, zum Öle drängt's

Der Schlüssel liegt im Öl. Hier beginnt der energiepolitische Kreislauf, und hier endet er auch. Alle Versuche, der Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit gleichermaßen gerecht zu werden, müssen scheitern, solange wir keine Antwort auf die Frage finden, wie die entwickelten westlichen Länder ihre Abhängigkeit vom Öl in den Griff bekommen. Der Ölpreis ist seit Jahrzehnten *das* chronische Gesundheitsrisiko für unsere Volkswirtschaft.

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder im ersten Sommer seiner Amtszeit „seinen Aufschwung“ ausrief, weil die Wirtschaft vorübergehend anzog, verweilte der Ölpreis gerade auf dem niedrigsten Wert seit 1974. Öl war so günstig, dass sich die Gemeinschaft der Erdöl exportierenden Staaten (OPEC) gezwungen sah, die Fördermengen zu drosseln, um ihre Einnahmen zu sichern. Der Preis zog unmittelbar an, und Schröders Aufschwung entglitt in Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Verschuldung und – die letzten vier Jahre zusammengezählt – eine historische Wachstumsschwäche.

Das hat selbstverständlich auch andere Ursachen, die vor allem in den Strukturen des Arbeitsmarktes zu finden sind. Doch der Ölpreis erwies sich stets als unerwünschter Katalysator ökonomischer Defizite: In Europa und in den USA ging wirtschaftlichen Schwächeperioden fast immer ein Anstieg des Ölpreises voraus. Nach den beiden Ölkrisen 1973/74 und 1979/80 stolperten fast alle Importländer in eine Rezession; teilweise unmittelbar, zum Teil mit etwas Verspätung.

Mittlerweile haben die reichen Länder der Erde zwar die Energieeffizienz deutlich gesteigert, sodass ihr Bruttoinlandsprodukt in Relation zu damals nicht mehr ganz so viel Öl aufzehrt, doch der volkswirtschaftliche Schaden, den ein hoher Ölpreis anrichtet, ist immer noch beträchtlich. Laut einer gemeinsamen Studie der Internationalen Energieagentur (IEA), der OECD und des Internationalen Währungsfonds (IWF) führt der anhaltende Anstieg des Ölpreises von 25 auf 35 Dollar je Barrel (159 Liter) in den OECD-Staaten zu einem Wachstumsverlust von 0,4 Prozent. Die Wachstumsschätzungen für Deutschland ruhen zumeist auf einem Ölpreis, der unwesentlich über dreißig Dollar liegt. Das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv hat jüngst eine Prognose auf Basis eines Ölpreises von 45 Dollar für das Jahr 2005 erstellt. Ergebnis: Statt der erhofften 1,4 Prozent wächst das deutsche Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich nur um 0,6 Prozent.

Konsumenten sparen

In einem Land wie Deutschland, wo der Arbeitsmarkt nach Meinung von Experten erst bei einem Wachstum von zwei Prozent anspringt, ist eine solche Entwicklung gleichbedeutend mit zusätzlichen Arbeitslosen.

Warum das so ist? Autos und Lkws schlucken fünfzig Prozent des deutschen Ölbedarfs, ein Drittel verbrennt in den Heizkesseln der Haushalte und Firmen. Auf den ersten Blick erscheint es da logisch, dass die Kaufkraft sinkt, wenn der Ölpreis das Mineralöl verteuert. Doch wenn der Ölpreis steigt, ändert die betroffene Klientel oft ihr Verhalten. Sie gibt weniger Gas beim Autofahren, lässt ihren Wagen schon mal stehen und fährt Bahn, heizt sparsamer oder wechselt den Energieträger. Selbst für achtzig Millionen Deutsche zusammengenommen hält sich der Verlust bis hierher also noch in Grenzen.

Problematischer ist die Situation für Branchen, die auf den Inputfaktor Öl angewiesen sind. Fluggesellschaften etwa können sich nicht dem steigenden Ölpreis entziehen. Zwar haben sie ihre Kerosinkäufe über Monate zu einem fixen Preis abgesichert, doch irgendwann laufen auch diese Kontrakte aus, und sie müssen tiefer für ihren Treibstoff in die Taschen greifen. Sechs Prozent des deutschen Ölbedarfs werden in Kerosin umgewandelt. Das wiederum ist neben den Personalkosten der größte Ausgabenposten der Fluggesellschaften.

Ähnliches gilt für die Pharma- und Chemieindustrie oder für die Hersteller von Plastikprodukten. Sie sehen sich ebenfalls höheren Einkaufspreisen ausgesetzt. Allein die Chemiebranche schätzt die Belastung durch den hohen Ölpreis in diesem Jahr auf über eine Milliarde Euro.

Vorsicht vor der Preisspirale

Diese einzelnen Störungen würde eine Volkswirtschaft im Grunde genommen verkraften. Der Wachstumsverlust wäre überschaubar. Zur Bedrohung für die gesamte Wirtschaft wird das Öl aber weniger unmittelbar, als vielmehr durch die so genannten Zweitrundeneffekte, die nach starken Ölpreisanstiegen in der Vergangenheit regelmäßig zu beobachten waren: Den betroffenen Unternehmen bleibt häufig nichts anderes übrig, als die höheren Einkaufspreise auf die Preise ihrer Erzeugnisse zu schlagen. Unabhängig von der amtlichen Statistik sehen viele Konsumenten die Preise einiger weniger Produkte als Indiz allgemeiner Inflation.

Eine Spirale setzt sich in Bewegung. In der Vergangenheit nahmen die Arbeitnehmervertreter dies nämlich zum Anlass, einen Inflationsausgleich in den Tarifverhandlungen zu verlangen. Waren sie dabei erfolgreich, saßen die Unternehmen nicht nur auf höheren Einkaufspreisen, sondern auch auf höheren Lohnkosten, die sie wiederum auf die Preise ihrer Erzeug-

nisse aufschlagen mussten. Als Folge zog die Inflation tatsächlich an, und die Zentralbank sah sich zum Eingreifen gezwungen. Sie hob die Zinsen an, verteuerte damit sämtliche Kredite und belastete die Unternehmen ein drittes Mal. Irgendwann kamen sie an einen Punkt, an dem sie die Kosten nur noch senken konnten, indem sie Personal abbauten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Preissteigerung der deutschen Wirtschaft nicht allein entscheidend ist für die Geldpolitik. Bis zur Gründung der Währungsunion konnte die Bundesbank über Zinsanpassungen und Geldmengensteuerung in Deutschland entscheiden. Seit diese Verantwortung auf die Europäische Zentralbank übergegangen ist, spielt die Inflation im gesamten Euro-Raum eine entscheidende Rolle. Diese liegt traditionell höher als in Deutschland, weshalb die EZB bereits zu Zinsanhebungen gezwungen wird, wenn aus Sicht der deutschen Wirtschaft noch gar kein Grund dafür besteht.

Ist das alles nur makroökonomische Theorie? Drei aktuelle Entwicklungen lassen befürchten, dass Wirtschaftswissenschaft und Realität in diesem Fall nah beieinander liegen: *Erstens* hat die Gesellschaft für Konsumforschung jüngst festgestellt, dass das Konsumklima in Deutschland so schlecht ist wie seit Jahren nicht mehr. Als Grund wird neben der Arbeitsmarktreform (Hartz IV) auch der hohe Ölpreis genannt, der zur Konsumzurückhaltung führe. *Zweitens* orientierte sich die IG Metall in den Tarifverhandlungen des Jahres 2004 nach eigener Auskunft an der Inflationsrate und am Produktivitätswachstum, was in der Forderung nach einer vierprozentigen Gehaltssteigerung mündete. *Drittens*: Auch wenn die EZB die Zinsen noch stabil hält, hat EZB-Präsident Jean-Claude Trichet bereits Befürchtungen geäußert, dass der Ölpreis eine Gefahr für die Preisstabilität darstelle.

Als würde all das noch nicht reichen, wird die deutsche Wirtschaft in einem weiteren Bereich vom teuren Öl getroffen: Bislang gab einzig der Export hier zu Lande Hoffnung auf mehr Wachstum. Da aber der Großteil deutscher Produkte in OECD-Staaten geht, diese vornehmlich Öl-Importeure sind und daher ebenfalls unter dem hohen Preis leiden, wackelt auch das wichtigste konjunkturelle Standbein Deutschlands. Es wird für deutsche Exporteure schwerer, ihre Produkte im Ausland abzusetzen.

Entwicklungsländer trifft es noch härter

Natürlich setzt sich diese Abwärtsbewegung nicht in jedem Öl importierenden Land gleichermaßen in Gang. Allgemein gelingt es Ländern mit hohem technischen Entwicklungsstand etwas besser, steigende Ölpreise abzufedern. In Entwicklungsländern hingegen ist der Schaden durch einen hohen Ölpreis extrem groß und schlechter zu kompensieren. Sie benötigen im Schnitt doppelt so viel Öl wie fortschrittliche Volkswirtschaften, um eine Einheit ihres Bruttoinlandsproduktes zu erzeugen. Die Sub-Sahara-Regionen etwa verlieren laut IEA gleich drei Prozent Wirtschaftskraft durch einen anhaltenden zehnzehntigen Ölpreisanstieg. Indien hat nach Schätzungen der Zentralbank in Mumbai allein wegen des gestiegenen Ölpreises im vergangenen Jahr ein Prozent Wachstum eingebüßt und gleichzeitig 2,6 Prozent Inflation hinnehmen müssen.

Prinzipiell spielen folgende Faktoren bei diesem Prozess eine Rolle:

Erstens: Der Anteil der Ölkosten am Bruttoinlandsprodukt: Indien braucht fast dreimal mehr Öl als der OECD-Durchschnitt, um eine Einheit seines Bruttoinlandsproduktes zu erzeugen. Im vergangenen Jahr gab der Subkontinent drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für den Öleinkauf aus.

Zweitens: Die Abhängigkeit von Importen: Norwegen beispielsweise kann den Ölbedarf aus eigenen Quellen stillen und ist sogar positiv vom Preisanstieg betroffen, weil Öl-Exporte den Staatshaushalt bereichern.

Drittens: Alternativen zum Benzin: Island ist gerade dabei, den Verkehr mittelfristig auf Wasserstoffantrieb umzustellen. Deutschland wird noch lange mit Benzin fahren müssen.

Viertens: Wie sehr wird Öl benötigt, um alternative Energien herzustellen? Die Wasserstoffherstellung in Island soll mit Wasserkraft gelingen. In Deutschland wäre selbst die Gewinnung von Wasserstoff heute auf fossile Energieträger angewiesen.

Fünftens: Eine ganz wesentliche Rolle kommt den Preisen anderer Energieträger als dem Öl zu: Inwiefern hängen auch sie vom Ölpreis ab?

Was treibt den Ölpreis?

Vor allem diese letzte Frage ist von großer Bedeutung für die Energiepolitik in Deutschland. Natürlich erscheint es plausibel, auf Energieträger zu setzen, die nicht an den heftigen Schwankungen des Ölpreises teilhaben. Doch kaum eine Energiequelle erfüllt diese Voraussetzung.

Zunächst zum Ölpreis: Insgesamt existieren drei für die Preisbildung relevante Ölsorten, die sich auch in der Qualität unterscheiden: Das US-Öl, das aber fast gänzlich auf dem Heimatmarkt aufgezehrt wird, das Dubai-Öl aus dem Nahen Osten und das Nordsee-Öl (Brent). Die Saudis könnten wegen der einfachen Exploration eigentlich am billigsten anbieten. Doch sie halten den Preis durch künstliche Verknappung der Fördermengen hoch, um einerseits mehr zu verdienen, andererseits aber auch, damit das dreimal teurere Nordseeöl noch einigermaßen marktfähig ist.

„Die Steinzeit ging nicht zu Ende, weil uns die Steine ausgingen, und das Zeit-

alter des Öls wird auch nicht zu Ende gehen, weil uns das Öl ausgeht“, orakelte vor dreißig Jahren Scheich Zaki Yamani, ein Saudi, der Interesse daran hat, dass Öl erschwinglich bleibt, damit die Abnehmer sich das Öl auf Dauer leisten wollen. Dem folgte die OPEC-Strategie in den vergangenen Jahrzehnten. Stieg der Preis zu hoch, wurde die Fördermenge ausgeweitet. Denn Öl gibt es genug. Selbst während der beiden Ölkrisen rissen die Öl-Transporte nicht ab. Nur die Preise stiegen zeitweise ins Unermessliche.

Allerdings ist die derzeitige HochpreisphasenichtunbedingtmitdiesenKrisen zu vergleichen. Ständig neue Terroranschläge in wichtigen Öl-Förderländern (Irak, Saudi Arabien) und politische Unsicherheit in anderen Öl-Staaten (Venezuela, Russland) haben den Handlungsrahmen auf der Produktionsseite kurzfristig eingeschränkt. Gleichzeitig aber steigt die Nachfrage. Asien kommt nur zu Wohlstand, wenn es genügend Energie erzeugt. Vor allem Indien und China benötigen große Mengen an Öl. Laut OECD könnte der Öldurst der Welt innerhalb von fünfzehn Jahren von achtzig auf hundert Millionen Barrel am Tag wachsen.

Neben dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage spielen die Spekulanten an den Rohstoffbörsen eine wichtige Rolle. Schließlich fördern die Multis auf den internationalen Mineralölmärkten, die Exxons, Shells und BPs, nur einen Bruchteil des benötigten Rohöls selbst. Den Rest müssen sie an den Börsen kaufen. Sie schließen mit Anbietern Verträge, die den Ölpreis für ein bestimmtes Lieferdatum in der Zukunft festlegen. Daneben treten Spekulanten auf, deren einziges Geschäft darin besteht, Wetten auf die Ölpreisentwicklung abzuschließen. Glauben sie an einen steigenden Preis, decken sie sich mit Lieferverträgen zum heutigen Preis ein und verkaufen die Besitzrechte Gewinn bringend, wenn der Preis in die

Höhe geschossen ist. Insgesamt haben sich die Spekulanten mit einer ganzen ÖL-Tagesproduktion (achtzig Millionen Barrel) eingedeckt.

Warum folgen die anderen Preise?

Dass mit dem Ölpreis auch die Preise der meisten anderen Energieträger in die Höhe schnellen, ist nicht nur – wie derzeit oft kolportiert – der Geschäftemacherei der Energieriesen geschuldet. Die Steinkohle zum Beispiel deckt heute etwa vierzehn Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs. Mehr als die Hälfte des benötigten Steinkohlebedarfs stammt aus dem Ausland, weshalb sich auch die Preise hier zu Lande an denen der internationalen Märkte orientieren. Diese wiederum werden auch vom Ölpreis getrieben, wie die Geschichte zeigt: Die zweite Ölkrise 1979/80 führte zu verstärkter Nachfrage nach Steinkohle und damit zu höherer Kapazitätenauslastung. Als Folge stieg der Steinkohlepreis, und neue Exportkapazitäten wurden geschaffen. Als der Ölpreis wieder fiel, ging auch die Nachfrage nach der nun wieder vergleichsweise teuren Steinkohle zurück.

Bei der Braunkohle spielt der Weltmarktpreis eine eher untergeordnete Rolle. Denn Braunkohle wird zu gut neunzig Prozent in lagerstättennahen Kraftwerken verstromt, in Deutschland also vor allem im Rheinland und in der Lausitz. Marktpreise sind hier allenfalls für die Veredelungsprodukte wie Briketts relevant. Sie stehen im Wettbewerb mit Heizöl und Erdgas.

Beim Preis für das Erdgas ist die Abhängigkeit vom Ölpreis am deutlichsten. In Deutschland existiert keine Gasbörse, an der die flüchtige Ressource gehandelt wird. Stattdessen haben die hiesigen Versorger langfristige Bezugsverträge mit Besitzern der Gas-Pipelines wie der russischen Gazprom abgeschlossen, die eine Bindung des Ergaspreises an den des Rohöls beinhalten. Solange es keine Al-

alternativen zu den Pipelines gibt, lässt sich auch die Ölpreisbindung nur schwerlich abschaffen. Diese Gemengelage wird von einer Politik der hohen Preise durch die Bundesregierung verschärft.

Der Staat als Preistreiber

Der Verbraucher spürt das am schmerzlichsten bei der Benzinbesteuerung: Mineralöl- und Ökosteuer, die wiederum mit der Mehrwertsteuer belastet werden, kosten die Bundesbürger in diesem Jahr schätzungsweise 48,4 Milliarden Euro.

Tief greifender sind allerdings die administrativen Belastungen der Stromrechnungen, die laut Elektrizitätsbranche für einen Drei-Personen-Haushalt seit 2000 um mehr als fünf Euro gestiegen sind. Bundesweit stieg der staatlich verordnete Preiszuschlag seit der Liberalisierung des Marktes 1998 um neun auf nun zwölf Milliarden Euro.

Hauptursachen sind wiederum die Ökosteuer, aber auch die Konzessionsabgabe an die Kommunen. Zudem verpflichtet das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien (EEG) und das Gesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) die Branche zur Einspeisung teurer regenerativer Energien ins Stromnetz. Bis 2020 will Umweltminister Trittin den Anteil dieser Energien am deutschen Strom-Mix auf zwanzig Prozent erhöhen. Heute sind es etwa acht Prozent. Gleichzeitig beendet der Atomausstieg die Verwendung längst abgeschriebener und damit profitabler Kernkraftwerke. Die Anlagen gehen spätestens in den 2020er Jahren vom Netz und werfen dann keine Gewinne mehr ab, die an die Verbraucher weitergereicht werden könnten.

Weitere Belastungen werden in den nächsten Monaten folgen. So hat sich Deutschland eine im internationalen Vergleich sehr ambitionierte Emissionsregelung auferlegt. Nur hier zu Lande und in Großbritannien werden künftig weniger Emissionen als im Durchschnitt der Jahre

2000 bis 2002 zugelassen sein. Das trifft die Stromerzeuger besonders hart, denn mit 370 Millionen Tonnen im Jahr sind sie die Haupt-CO₂-Verursacher. Vorneweg pusten vor allem die Kohleverstromer reichlich Kohlendioxid in die Luft. Das soll sich nun ändern.

Hinzukommen auch Preiserhöhungen, die von den Energieversorgern verschuldet werden: Mit Beginn der Strommarkt-Liberalisierung setzte ein Verdrängungswettbewerb ein, der die Erzeugerpreise deutlich fallen ließ. Am Anfang der Wertschöpfungskette, also bei den Stromerzeugern, und am Ende, beim Vertrieb, hat diese Liberalisierung zu schrumpfenden Margen geführt. Geblieben ist den Unternehmen ein einziges gewinnträchtiges Geschäftsfeld, die Netze. „Das Haupthindernis für den Durchleitungswettbewerb in der Stromwirtschaft stellt derzeit das generell hohe Niveau der Netznutzungsentgelte in Deutschland dar“, schreibt die Monopolkommission in ihrem jüngsten Gutachten. Steigende Durchleitungsgebühren sind also dafür verantwortlich, dass die vier Giganten auf dem deutschen Energiemarkt wieder kräftig Gewinne scheffeln.

Heuchelei der Regierung

Dass Vertreter der Bundesregierung allerdings der Gasbranche nun ankreiden, sie missbrauche ihre „monopolähnliche Gewalt“ bei der Preisgestaltung, darf getrost als Heuchelei bewertet werden. Es war der ehemalige Wirtschaftsminister Werner Müller, der gemeinsam mit seinem Staatssekretär Alfred Tacke die Konzentration auf dem Energiemarkt forciert hatte. Sie setzten sich über die Warnungen des Kartellamtes und der Monopolkommission hinweg und erlaubten die Übernahme der Ruhrgas durch den Energiekonzern E.ON. Müller führt mittlerweile die Geschäfte der E.ON-Beteiligungsgesellschaft RAG, und Tacke wird bald den Vorstand der RAG-Tochter StEAG AG an-

führen. Dies ist gewiss mehr als eine personalpolitische Petitesse.

Bei der jüngsten Kostenwelle, die sogar den Kartellamtspräsidenten Ulf Böge auf den Plan rief, betätigten sich indes Gesetzgeber und Unternehmen gleichermaßen als Preistreiber. Denn der Entwurf für die Novelle des eingangs erwähnten Energiewirtschaftsgesetzes muss von der Energiebranche als Aufforderung zur Preiserhöhung verstanden werden. Von 2005 an soll der Durchschnitt der Netzkosten darüber entscheiden, ob ein Preis angemessen ist oder nicht. Natürlich bemühen sich die Betreiber bis dahin, den Schnitt in die Höhe zu treiben. „Man muss kein Prophet sein, wenn man in absehbarer Zeit keine fühlbaren Verbesserungen der Wettbewerbssituation erwartet“, sagt Kartellamtschef Böge.

Fairnesshalber muss aber auch gesagt werden, dass es der ursprüngliche Sinn des Gesetzes war, den Unternehmen Gewinne zu sichern, damit ihr finanzieller Spielraum ausreicht, um stetig in die Infrastruktur zu investieren. Anders als in den USA sollte das Licht infolge der Liberalisierung in Deutschland ja weiter brennen.

Ziele außer Reichweite

Doch die Berliner Energiepolitik ist und bleibt ein vermintes Feld. Vor wenigen Monaten erst liefert sich Umwelt- und Wirtschaftsminister eine erbitterte Auseinandersetzung, als die Regelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Emissionshandels anstand. Der Kanzler muss entschlichten, doch der Streit zwischen Trittin und Clement dauert grundsätzlich an: Umwelt versus Wirtschaft; Nachhaltigkeit contra Wirtschaftlichkeit. Die Versorgungssicherheit bleibt dabei auf der Strecke.

„Die Notwendigkeit für neue Investitionen im Energiesektor ist nie offensichtlicher gewesen. Die Risiken, untätig zu bleiben, sind auch allzu deutlich: höhere

Preise, nicht funktionierender Wettbewerb und das wachsende Risiko von so genannten Blackouts“, warnt die EU-Kommission. 35 Prozent der deutschen Kraftwerke sind älter als dreißig Jahre und müssen in den nächsten Jahren ersetzt werden. Die Kernenergie stellt zwar noch die jüngeren Kraftwerke, ihre Tage aber sind gezählt. Fast die Hälfte der Kraftwerke fällt daher weg. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet mit einem Investitionsprogramm von hoch gerechnet sechzig Milliarden Euro, mindestens aber vierzig Milliarden Euro bis zum Jahr 2030.

Doch auf welche Energiequellen sollen die Stromerzeuger künftig setzen? Keine Atomkraft, teurerer Kohlestrom und auf absehbare Zeit nur ein bescheidener Anteil aus regenerativen Energien? Das bedeutet theoretisch, dass Erdgas eine Versorgungslücke von weit mehr als fünfzig Prozent schließen müsste. Heute trägt Gas lediglich zehn Prozent zum gesamten Strom-Mix bei. Aus heimischen Aufkommen stammen dabei nur achtzehn Prozent des Bedarfs.

Von der Politik fehlt bis heute ein Bekenntnis dazu, ob die Abhängigkeit von teuren Gasimporten auf Dauer erhöht werden soll. Freilich kann es keine vollständige Planungssicherheit geben. Aber der vollständige Verzicht auf langfristige Vorgaben gefährdet die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft.

Dabei droht der Bundesregierung, die Zeit davonzulaufen. Nach Branchenangaben muss bis zum Jahr 2010 bereits ein Drittel der Kraftwerke ersetzt werden. Planung, Genehmigung und Bau dauern rund fünf Jahre. Zusätzlich stehen Milliardeninvestitionen in neue Netze an. Heute existieren etwa 1,5 Millionen Kilometer Stromnetze und 500 000 Transformatoren, von denen viele repariert oder ersetzt werden müssen. Über das Wann und Wie entscheidet das Energiekonzept der Bundesregierung.